

# Marzahn- Hellersdorf **links**

**DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt**

In der Rubrik „Zur Person“ stellen wir Ihnen Andreas Jahn vor, delegiert zum nächsten Landesparteitag der Berliner LINKEN. Er gehört zu den jüngeren Mitgliedern, sowohl dem Alter als auch der Mitgliedschaftsdauer nach ..... Seite 2

Grenzen des Neubeginns 1989 diskutieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Politischen Bildungsabends im Oktober. Auch im November stehen interessante Themen auf dem Programm: Fragen an das MfS und China ..... Seiten 6/8

Die Jugendseite dieses Mal mit den Themen Castor-Transporte und Protest dagegen. Außerdem werden alle aufgerufen, sich zu wehren gegen Sozialabbau und Sparpakete der Bundesregierung, das nächste Mal am 26. November ..... Seite 7

## Garantiert linke Politik

Von Udo Wolf, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus

**Ende des Monats trifft sich DIE LINKE in Berlin zu ihrem Landesparteitag. Sie wird Erreichtes bilanzieren, Vorhaben diskutieren und vor allem zuversichtlich auf das Jahr 2011 blicken.**

Weshalb ich da so sicher bin? Weil sich vieles in der Stadt bewegt hat, seit wir mit der SPD zusammen regieren.

Nur mit uns wurde zum Beispiel die Schulreform möglich. Wir haben die Debatte über das längere gemeinsame Lernen angestoßen und befördert. Heute gibt es nicht nur erste Gemeinschaftsschulen, die großen Zuspruch erfahren. Endlich wurde die Hauptschule abgeschafft, es gibt die Sekundarschule, weniger Ausgrenzung und bessere Förderung. Berlins wirtschaftliche Entwicklung ist besser als in den anderen Bundesländern. Wir holen da immer mehr auf, die Stadt ist zum Standort für moderne Technologien geworden. 140.000 Arbeitsplätze sind hier entstanden und es können

noch viel mehr werden. Dazu braucht es auch keine Verlängerung einer Autobahn. Wir ha-

ben durchgesetzt, dass eine kommende Regierung noch einmal neu nachdenken kann,

ob der Weiterbau der A100 verkehrspolitisch und ökologisch sinnvoll ist. Wir haben eine Alternative zu 1-Euro-Jobs und Billig-Bürgerarbeit geschaffen: den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS). Wir haben bewiesen, dass Unternehmen der Daseinsvorsorge nicht privatisiert

werden müssen, sondern saniert werden können. Wir haben die Debatte angestoßen,

wie man sich bei Strom, Gas und Wasser als Land stärker unabhängig von großen Konzernen machen kann.

Und wie wichtig DIE LINKE nach wie vor für die innere Einheit der Stadt ist, zeigt nicht zuletzt der Umgang mit dem Öffentlichen Dienst. Ab Januar 2011 wird in Ost und West endlich zu gleichen Bedingungen gearbeitet. Vieles haben wir in zehn Jahren Regierungsbeteiligung erreicht und manches wurde uns nicht einmal zugetraut. Wer heute eine Garantie will, dass auch künftig linke Politik für die ganze Stadt gemacht wird, wird uns wählen müssen. Deshalb die Zuversicht, was 2011 betrifft.



### Was gibt's noch?

#### Seite 2:

- Zur Person: Andreas Jahn
- Petra Pau: Integrationsverweigerer?!

#### Seite 3:

- Und immer wieder „die Brücke“
- Aus dem Bezirksvorstand

#### Seite 4:

- Kinder sind unschlagbar!
- Am 18. September ist Wahltag!

#### Seite 5:

- Umweltkonferenz der LINKEN in Berlin
- Infosplitter

#### Seite 6:

- Grenzen des Neubeginns 1989
- Aus den Siedlungsgebieten

#### Seite 7:

- Jugendseite: Castor-Transport / Sparpaket stoppen!

#### Seite 8:

- Tipps und Termine
- Hinten links

# DIE LINKE.

## Zur Person: **Andreas Jahn** **Junger Mann mit viel Potential**

**A**ndreas Jahn ist einer der 18 gewählten Parteitage-Delegierten der Marzahn-Hellersdorfer LINKEN. „Eingebrockt“ hat ihm das seine Basisgruppe 51, genauer gesagt Fritz Gläser, den wir in Marzahn-Hellersdorf links im Juni dieses Jahr vorgestellt haben!

Vor zwei Jahren hatte sich Andreas Jahn für seinen Eintritt in DIE LINKE per Online-Verfahren entschieden. Als ihn nach Monaten Post seiner BO erreichte, war er nicht mehr nur geistig und virtuell in der LINKEN beheimatet.

Der gelernte Industriemechaniker aus Senftenberg kam vor sechs Jahren vor allem des lebendigeren Alltags wegen nach Berlin. Er wohnt in Marzahn-Nord. Trotz einer gewissen verbalen Kriminalität, die er dort eher beobachtet als tätliche Auseinandersetzungen, trotz Schwachpunkten in der Integration der dort zahlreich lebenden Russlanddeutschen, fühlt er sich wohl. Dabei hat das grüne Umland für ihn als umweltbewussten und für Nachhaltigkeit streitenden Menschen einen besonderen Reiz. Seinen Haushalt lässt er übrigens von „grünem Strom“ versorgen, die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zieht er vor. Sanierte Plattenbauten und eine nette nachbarschaftliche Gemeinschaft sind ein weiteres Plus. Arbeitsmäßig hatte der 33-Jährige Glück. Nur kurz nach der Lehre war er arbeitslos. Nach einer Fördermaßnahme ging er für vier Jahre zur Bundeswehr, wo er auch im Personalwesen tätig war. Nach einer Aufbaumaßnahme zur Eingliederung ins normale

Leben, wie er augenzwinkernd erzählt, widmete sich Andreas Jahn dem Webdesign und verwaltet Internetseiten. Über eine Zeitarbeitsfirma fand er schließlich nach gut vier Jahren eine feste Anstellung bei Siemens. Das gelang ihm sicher auch Dank seiner Flexibilität, nicht bei einmal Gelerntem stehen zu bleiben.

„Um die Welt zu verändern, muss man sie verstehen, und das passiert durch Bildung“, so Andreas Jahn.



Andreas Jahn

Ein junger Mann, der anders ist, als andere, wie er von sich sagt. Er denkt gern nach. Vielleicht neben seinen Beziehungen ein Grund für das Ankommen bei der LINKEN. Hier sieht er Möglichkeiten sich zu engagieren, auch

für eine ökologische Politik. „Eingetreten und als Parteitage-Delegierter schon mittendrin“, das gefällt ihm. Die verschiedenen Gesichtspunkte in der Partei zu erleben machen es spannend. In seiner Freizeit liest er das „Kapital“ und beschäftigt sich mit Astronomie. Ein Relikt seiner Jahre in Senftenberg ist der Verein Senftenberger Sternfreunde e.V., dessen Öffentlichkeitsar-

beit Andreas Jahn managt.

Ein weiteres Hobby, das sein Interesse an PC und Internet mit der Liebe zur Natur verbindet, ist das Geocaching, sozusagen eine weltweite Schnitzeljagd. Es ist eine moderne Schatzsuche. Ausgestattet mit einem Empfänger und den Koordinaten eines „Schatzes“ aus dem Internet kann man finden, was jemand anderes an ungewöhnlichen Plätzen versteckt hat.

**Sabine Behrens**

## **Vertragsoffenlegung bestätigt DIE LINKE**

**„Anlässlich der Veröffentlichung der Verträge über die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe in der »Tageszeitung« erklärt der Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE, Berlin, Klaus Lederer:**

DIE LINKE begrüßt, dass durch die Veröffentlichung der Verträge über die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe endlich eine Diskussion über deren Inhalte ohne Mythenbildung und Mutmaßungen möglich wird. Die groben Inhalte der Verträge sind jedoch, ungeachtet dieser Veröffentlichung, seit Jahren bekannt und nicht zuletzt durch die Partei DIE LINKE. Berlin konsequent immer wieder thematisiert und skandalisiert worden:

Die privaten Versorgungskonzerne RWE und Veolia haben 49,9 % an den BWB für 3,1 Mrd. DM nicht gekauft, weil sie uneigennützig und karitativ Berlin und seiner inkompetenten schwarz-roten Stadtregierung aus der fiskalischen Patsche helfen wollten, sondern aus dem nackten Interesse an Rendite. Diese Tatsache ist nicht erst seit heute offenkundig, sondern seit 1999. Dieses nackte Renditeinteresse fand seinen Niederschlag zum einen in einem Teilprivatisierungsgesetz, welches eine Preiskalkulation inklusive einer satten Gewinnmarge ermöglichen sollte, und zum anderen in den Teilprivatisierungsverträgen. Beiden wurde durch eine Parlamentsmehrheit aus CDU und SPD die demokratische Legitimation verliehen. ...

Die Offenlegung der Verträge ermöglicht es allen an der Sache interessierten Berlinerinnen und Berlinern, sich nun selbst ein Bild zu machen. DIE LINKE fühlt sich durch die Offenlegung in ihrer Ablehnung der Teilprivatisierung der BWB nachhaltig bestätigt. Sie wird alles tun, um eine Lösung von den Verträgen, mindestens aber eine Neuverhandlung der Verträge zur Teilprivatisierung der BWB zu erreichen. Darum kämpft sie seit 11 Jahren. Inzwischen ist in der Stadt eine Stimmung entstanden, die eine solche Lösung realistischer denn je erscheinen lässt. Wir treten dafür ein, dieses Stück schwarz-roten Erbes für Berlin abzutragen – wie wir es seit 2002 bei der Wohnungsbauanschlussförderung, dem Bankenskandal und anderen Fällen der Verschleuderung öffentlichen Vermögens durch die Regierung Diepgen ebenfalls getan haben.“

**Den vollständigen Wortlaut finden Sie unter:** <http://www.die-linke-berlin.de/nc/politik/presse/detail/artikel/vertragsoffenlegung-bestaetigt-die-linke/>  
**Weitere Infos zum Thema auch unter:** [www.benjamin-hoff.de](http://www.benjamin-hoff.de)

## **Petra Pau (MdB): Integrationsverweigerer**

**D**a ist sie wieder! Die verlogene Debatte über mangelnde Integration und die gefährlichen Plädoyers für eine deutsche Leitkultur. Alle paar Jahre wieder, immer verlässlich, wenn die CDU/CSU in Umfragen fällt.

1998 trat sie Jörg Schönbohm in der „Berliner Zeitung“ los. Eine Bundestagswahl nahte. Rot-Grün drohte, Schwarz-Gelb abzulösen. Die soziale Frage war in aller Munde. Schönbohm setzte die nationale Frage dagegen. „Multikulti ist tot“, war seine erste Botschaft. Die zweite: Die unverbesserlichen Grünen und Linken sind eine Gefahr für Deutschland. Die dritte: Wer hier leben wolle, müsse sich der deutschen Leitkultur beugen.

Der deutschen Leitkultur? Was ist das? In Baden-Württemberg wurde 2006 ein Fragebogen entwickelt. Mit ihm sollten Migrantinnen und Migranten getestet werden, ob sie deutschtauglich sind. Demnach sollten es muslimische Migrantinnen gut finden, wenn ihr Sohn schwul ist. Und muslimische Migranten sollte sich freuen, wenn sie eine Chefin haben. Das ist deutsche Leitkultur?

Ich habe damals gefragt: Was haben die Schwaben gegen den Papst aus Bayern. Benedikt der XVI. würde nie eine Frau über sich dulden. Und eine lesbische Tochter wird ihm

schon von Amts wegen verwehrt. Die viel bemühte deutsche Leitkultur ist eine Schimäre. Für alle gilt das Grundgesetz. Und natürlich müssen Migrantinnen und Migranten deutsch sprechen können. Der Rest ist Stimmungsmache und Ablenkung.

**Beispiel 1:** Auch in Marzahn-Hellersdorf leben viele Zugewanderte, Migranten, deren Qualifikation übrigens nicht anerkannt wird. Darunter sind Ingenieure, Diplom-Ingenieure, Doktoren, Professoren.

**Beispiel 2:** Zehn Prozent der Migranten seien unwillig, Deutsch zu lernen, heißt es. Dreißig Prozent der Migranten, die dringend Deutsch lernen wollen, können es aber nicht, weil Bundesmittel für Deutschkurse gestrichen wurden.

**Beispiel 3:** Es gibt ein Bundesförderprogramm „Soziale Stadt“. Für Brennpunkte, für Bildung, für Integration, auch für Marzahn-Hellersdorf. Das dafür bewilligte Geld reicht nicht. Nun wird es noch mal gekürzt.

Sarrazins Provokationen wurden im Bundestag debattiert. Für DIE LINKE sprach Harald Wolf, linker Bürgermeister und Senator in Berlin. Sein Fazit: Der eigentliche Integrationsverweigerer ist der schwarz-gelbe Staat. Stimmt!

# Politik der LINKEN im Siedlungsgebiet

**Eberhard Roloff, Mitglied der Linksfraktion in der BVV und Mitglied im VDG, erklärt im Interview, was DIE LINKE erreicht hat.**

■ *Welche sind die drängendsten Themen im Siedlungsgebiet?*

**Eberhard Roloff:** Um nur eine Auswahl zu nennen, beginnen sie beim Anschluss an die zentrale Kanalisation, gehen über das Straßenausbaubeitragsgesetz, die Pumpanlage am Habermannsee bis zur TVO als Entlastungsstraße für die Köpenicker Straße in Biesdorf.

■ *Was sind die Probleme bei dem Anschluss der Grundstücke an die zentrale Kanalisation?*

**Eberhard Roloff:** Die Höhe der Kosten, welche laut erster Konzeption auf die EigentümerInnen zugekommen wären. Auf Druck des VDG und der LINKEN konnte erreicht werden, dass eine vernünftige zweite Konzeption erstellt wurde.

■ *Was ist bei der zweiten Konzeption besser gelungen?*

**Eberhard Roloff:** Die EigentümerInnen sind nun für die Leitungen auf ihren Grundstücken bis einschließlich Hausanschlussschacht selbst verantwortlich und müssen dafür lediglich einen Dichtigkeitsnachweis vorlegen. Wesentlich günstigere Anschlusskosten sind das Ergebnis. Mit dem VDG, der Fraktion im Abgeordnetenhaus und den Wasserbetrieben wurde das Anschlussgebiet auf Mahlsdorf-Nord erweitert. In Mahlsdorf-Süd hat dieselbe Zusammenarbeit das Tiefbauamt und die Wasserbetriebe

veranlasst, nach den Kanalarbeiten eine Schwarzdecke in mindestens einer Fahrspur in bisher unbefestigten Straßen einbauen zu lassen.

■ *Wie ist die Sachlage bei der TVO?*

**Eberhard Roloff:** Es wurden Planungen zum Ausbau der Köpenicker Straße bekannt, die umfangreiche Eingriffe in Grundstücke erforderten. Proteste führten zur Besinnung auf eine Verbindungsstraße die schon vor Jahrzehnten die Stadtplanung beschäftigte – die Tangentialverbindung Ost.

■ *Welche Auswirkungen wird die Straße auf die BiesdorferInnen haben und was kann dagegen getan werden?*

**Eberhard Roloff:** Die TVO ist in den Senatsplänen an der Ostseite des Bahnaußenringes eingetragen und würde nach der derzeit dort vorhandenen Bebauung zu nicht nötigen Abrissen führen. Eine überparteiliche Fachgruppe hat sich im Ergebnis der Proteste mit der Planung befasst und aufgrund der nach Abzug der sowjetischen Truppen realen Verhältnisse eine Westvariante der TVO vorgeschlagen. Inzwischen hat unser Bezirksamt eine dritte Variante vorgeschlagen, die den jetzigen Bebauungsstand berücksichtigt. Nun hat der Senat das Sagen, um eine Straßen- und Schienenverbindung im Interesse aller Betroffenen zur BürgerInnenbeteiligung vorzulegen.

*Die Fragen stellte: Christian Schwing*

## Und immer wieder „die Brücke“

**Der Unmut der Anwohner nimmt zu. Die „Informationen“ im Abendblatt und der Berliner Woche irritieren mehr als sie informieren.**

Unsere Basisgruppe empfahl der Bürgerinitiative bei dem vom Stadtrat Gräff (CDU) empfohlenen gemeinsamen Gespräch am 21. September – das Schaffen eines Vertrauensverhältnisses zwischen Stadtrat und Bürgerinitiative; – Anerkennen der Bürgerinitiative durch den Stadtrat als konstruktiven Partner im Interesse der Anwohner für alle Belange des Kiezes.

### **Das Ergebnis:**

Das Gespräch fand in einer sachlichen, konstruktiven, vertrauensvollen Atmosphäre statt, in der beide Seiten ihr Interesse an einer konstruktiven Zusammenarbeit bekundeten.

Im Einzelnen

- die Verantwortung für Planung und Durchführung der Nord- und Südbrücke (Eisenbrücke) trägt das Bezirksamt;
- die Finanzierung ist gesichert;
- die Planung liegt z. Z. zur Begutachtung bei der Bahn. Nach deren Zustimmung (es finden wöchentliche Gespräche zwischen dem Bezirksamt und der Bahn statt), kann mit der Ausschreibung für die entsprechenden Dienstleister begonnen werden. (Nur kurzer zeitlicher

Raum), dann ein möglicher öffentlicher 1. Spatenstich oder Hammerschlag .

- Der Artikel im „Abendblatt“ ist nicht mit Herrn Gräff abgesprochen.

- Die mögliche Zusammenarbeit zwischen dem Stadtrat und der Bürgerinitiative wird sich nicht nur auf die „Brücke“ beziehen, sondern auf alle, die Anwohner unseres Kiezes betreffende Projekte (z. Z. Aufwertung der Promenade und Aufwertung des Busbahnhofs).

- Herr Gräff informiert die Bürgerinitiative am 1. Dezember um 18.30 Uhr im Hausklub Marzähler Promenade 14, wie er meint, hoffentlich über den günstigen, aktuellen Stand in Sachen „Brücke“ und was so sonst noch anliegt.

- Wir wollen keine Anwohnersammlung, bevor nichts „in Sack und Tüten“ vorliegt. Bis dahin Informationen der Bürgerinitiative.

- Bei Notwendigkeit einer druckvollen Unterstützung der Anliegen des Wirtschaftsstadtrates im Interesse der Anwohner, meldet sich Herr Gräff.

Das war genau das, was wir wollten, „eine konstruktiv-kritische Zusammenarbeit – keine Totalopposition“.

### **Bodo Lützenberg**

Sprecher der Basisgruppe „Marzähler Promenade“ und der Bürgerinitiative

## Kurz berichtet:

### Aus dem Bezirksvorstand

Seit 2009 beteiligt sich der Bezirk Marzahn-Hellersdorf an der bundesweiten Initiative „Ort der Vielfalt“ und bekennt sich dabei auch zu Antidiskriminierungsarbeit, Arbeit gegen Demokratie gefährdende Phänomene und Rechtsextremismus. Dazu gehört auch die Veranstaltung „Schöner leben ohne Nazis“, die am 30. September auf dem Alice-Salomon-Platz stattfand. Vereine, Parteien und Organisationen haben sich an der Vorbereitung und Durchführung beteiligt, darunter auch maßgeblich der Bezirksverband der LINKEN. Sie wollen mit dieser Aktion ein sichtbares Zeichen gegen Rechtsextremismus und Ausgrenzungen jeglicher Art setzen. Besonders hervorzuheben ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. So haben Schülerinnen und Schüler des Otto-Nagel-Gymnasiums und des Melanchthon-Gymnasiums beeindruckende Ergebnisse der Aktion „Stolpersteine“ ausgestellt. Diese Ausstellung trug auch deshalb wesentlich zum Erfolg der Veranstaltung bei, weil dadurch zahlreiche zufällig vorbeikommende Passanten veranlasst wurden, sich mit dem Anliegen der Veranstaltung zu beschäftigen. „Schöner leben ohne Nazis“ sollte auch in Zukunft weitergeführt werden.

DIE LINKE führt zurzeit eine „Gesundheitskampagne“ unter dem Motto „Gesundheit ist keine Ware!“ durch. Sie ist Teil der Herbstkampagne gegen die Politik der schwarz-gelben Regierungskoalition, die allerdings bis jetzt noch nicht so richtig zum Laufen gekommen ist. Der Bezirksvorstand führt zur Popularisierung dieser Kampagne eine Unterschriftensammlung „Für bezahlbare Gesundheit!“ durch. Bürger fordern mit ihrer Unterschrift die Regierung auf, eine Gesundheitsreform zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger auf den Weg zu bringen, eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung und die volle paritätische Finanzierung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenkasse zu gewährleisten und keine Zusatzbeiträge zu erheben. Die gesammelten Unterschriften (es handelt sich nicht um ein Volksbegehren) sollen dann in einer öffentlich wirkungsvollen Form als Ausdruck des Protestes der Bürger gegen die Gesundheitspolitik der Regierung übergeben werden.

Der Bezirksvorstand weist auch darauf hin, dass eine an den Bundestag (Petitionsausschuss) gerichtete Petition zur „Beibehaltung der vollständigen paritätischen Beitragsfinanzierung in der GKV“ im Internet elektronisch mitgezeichnet werden kann (Internetadresse: [epetitionen.bundestag.de](http://epetitionen.bundestag.de), die Nummer der Petition ist 14071).

### **Bernd Preußer**



# Kinder sind unschlagbar!

## Linke Politik für Kinder und Familien

„Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig.“

10 Jahre – erst 10 Jahre – steht es so im Paragraph 1631 des BGB der Bundesrepublik Deutschland: Der Alltag zeigt, dass das Gesetz noch immer nicht ausreichend im Handeln der Menschen angekommen ist. Bei den Kinderrechtswahlen in Marzahn-Hellersdorf 2009/2010 haben sich 1182 Kinder aus 12 Grundschulen beteiligt und bei den Kindern steht der Wunsch nach gewaltfreier Erziehung ganz weit oben.

Auch dass wir am Ende des Jahres 2009 394 Kinder und Jugendliche in Heimen untergebracht haben, deren Kindeswohl akut gefährdet war, bedarf keines weiteren Kommentars.

Neben dem guten Netz an Bildung und Erziehung in unseren Kindertagesstätten muss es uns also gelingen, die Angebote zur Unterstützung der Familien in unserem Bezirk stabil zu fördern. Hierzu haben wir in den letzten zehn Jahren kontinuierlich unsere Kinder- und

Jugendhilfezentren an sechs verschiedenen Standorten auf- und ausgebaut.

Neben offenen Angeboten für Kinder, Jugendliche und Familien gibt es die verschiedensten Beratungsangebote, Konzentrationstrainings für Schulkinder, Elternkurse, zunehmend aber auch gemeinsame Kurse für Eltern und ihre Kinder, um das Miteinander zu stärken. SozialpädagogInnen, PsychologInnen, ErzieherInnen, HeilerziehungspflegerInnen oder Kinderfachkrankenschwestern stehen beispielsweise für Fragen in der Schwangerschaft, vor und nach der Geburt, für Familientherapien, für Eltern-Kind-Turnen, für Spielkurse mit Babys nach dem Prager Eltern-Kind-Programm oder auch einfach nur in Sprechstunden zur Verfügung.

Seit Januar 2010 gibt es für jedes neu geborene Kind den Familienbildungsgutschein, um Eltern besser zu motivieren, die vielen guten Angebote in unseren Kinder- und Jugendhilfezentren und in unseren Stadtteilzentren kennenzulernen und so zeitig wie möglich

Unterstützung anzunehmen. So gibt es unter anderem Kurse zum Erlernen der verschiedensten Babymassagetechniken, den Elternkurs „Erziehen mit Herz und Verstand“, Sprechstunden für unruhige Babys, weitere Elternkursprogramme für Erziehung und Förderung in den ersten beiden Lebensjahren. Entstanden ist die Idee für den Familienbildungsgutschein im Netzwerk „Rund um die Geburt“, einem Netzwerk mit Partnerinnen und Partnern aus der Geburtsklinik Hellersdorf des Vivantes Klinikums, den Abteilungen Jugend und Gesundheit des Bezirksamtes, freiberuflich Tätigen, Kinderärzten, Gynäkologen, dem lokalen Bündnis für Familie sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus unseren Jugendhilfe- und Stadtteilzentren. Meine Hochachtung dem Engagement der Beteiligten!

**Dr. Manuela Schmidt**  
Bezirksstadträtin Jugend und Familie

## BVV-Beschluss:

### Benennung einer Straße nach Fred Löwenberg

Sitzung konnte live im Internet verfolgt werden

Mit den Stimmen von Linksfraktion, SPD und Bündnis-Grünen beschloss die BVV am auf ihrer Sitzung Ende Oktober, eine Straße, einen Platz oder eine Parkanlage nach dem verstorbenen ehemaligen Vorsitzenden der Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am Antifaschistischen Widerstand, Verfolger des Naziregimes und Hinterbliebener e.V., Ferdinand (Fred) Löwenberg, zu benennen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung befasste sich die BVV erneut mit dem Elsensee. CDU, SPD und Bündnis-Grüne forderten in einem Antrag die sofortige Einstellung der weiteren Planung eines Freibades und Wasserski-Anlage. In namentlicher Abstimmung erhielt der Antrag keine Mehrheit.

Die Linksfraktion begrüßt dieses Ergebnis ausdrücklich und sieht sich in ihrem Engagement für ein Freibad im Bezirk bestätigt.

Bürgermeisterin Dagmar Pohle stellte den Verordneten das bezirkliche Integrationskonzept vor. Im Rahmen der Debatte zum Gesetzentwurf auf Landesebene hat das Bezirksamt einen Marzahn-Hellersdorfer Plan erarbeitet. Ziel ist es, die Integration der MigrantInnen im Bezirk zu fördern und dies auch in der bezirklichen Verwaltung umzusetzen.

Erstmals konnten interessierte Bürgerinnen und Bürger die Sitzung im Internet verfolgen. Die erste Live-Übertragung einer Berliner Bezirksverordnetenversammlung überhaupt vollzog sich problemlos. Die nächste Sitzung der BVV findet am 25. November 2010 ab 17 Uhr statt und kann ab ca. 17:30 Uhr unter [www.bvvlive.de](http://www.bvvlive.de) angesehen werden.

**Bjoern Tielebein**

## Am 18. September 2011 ist Wahltag, ...

... diesen Beschluss fasste nunmehr der rot-rote Senat, und sicher wird er auch durch das Abgeordnetenhaus bestätigt. Damit- und das kommt für niemanden überraschend- ist der Countdown für die gegenwärtige Legislaturperiode endgültig angesagt.

Unsere Bezirksorganisation hat mit Basiskonferenz und Hauptversammlung Zeichengesetzt. Bilanz und Ausblick spielten in beiden Veranstaltungen, die sehr gut organisiert waren (Dank an den Vorstand!) und eine lebhaft und interessante Diskussion ermöglichten, eine Rolle. Denn ohne einen kritischen Rückblick wird es nicht gehen, wenn wir glaubhaft neue Ziele formulieren wollen. Und- DIE LINKE ist mitverantwortlich als regierende Partei sowohl im Land als auch im Bezirk für Vieles, was erreicht oder auch nicht erreicht wurde. „Mit dem Gesicht zum Volke“, diesen Anspruch haben wir aus Wendezeiten mitgenommen und wir sollten ihn vertreten auch unter veränderten gegenwärtigen Bedingungen.

Und daher will ich mich besonders mit dem Erreichten im Bereich der Berliner Schule kritisch auseinandersetzen. Unser Ziel war es, „skandinavisch schlau“ die Berliner Schullandschaft neu zu strukturieren; eine Gemeinschaftsschule, in der Kinder lange miteinander lernen und nicht frühzeitig „sortiert“ werden, zu etablieren. Ja, das ist gelungen! Und obwohl mir persönlich die Zahl von knapp 20 Schulen (von über 700) bei weitem zu klein ist, sind es vor allem Westberliner Aktive der Schulpolitik aus Gewerkschaft und Wissenschaft, die das Erreichte als für sie früher undenkbar loben. Denn, auch das mussten wir erkennen, die Zahl derer, die so konsequent wie wir Linke für ge-

meinschaftliches Lernen eintrat, bröckelte. Sozialdemokraten und selbst oppositionelle Grüne wichen von ihren vorher vollmundig bekundeten Wahlzielen ab und zauderten vor konsequenter Umsetzung. Und ein Schulsenator, der vielleicht in Rheinland-Pfalz als mutig und modern galt, agiert hier in Berlin nur noch provinziell und zaudernd. Mehr sei mit ihm nicht möglich, argumentierte er, sonst müsse alles beim Alten bleiben, somit die Hauptschule eben weiter arbeiten. Und nur diese Argumentation führte dann auch bei uns linken Kritikern der kleinen, zaghaften, bei weitem nicht ausreichenden Schulreform zur Zustimmung. Nein, das Erreichbare ist die Einführung der Integrierten Sekundarschule für mich bei Weitem nicht. Und ich bedaure es, dass wir die Chance zu größeren Veränderungen nicht nutzen konnten, dauert es doch erfahrungsgemäß fünfzehn, ja zwanzig Jahre, ehe man sich in Deutschland zu Veränderungen im Schulbereich aufschwingen kann.

Wie also sollen wir mit dem Erreichten umgehen? Nun ja, Schulstruktur ist ja nicht alles. Viele weitere Veränderungen in der Berliner Schule können auch unter bestehenden strukturellen Verhältnissen verbessert werden. Und da hat ja auch die rot-rote Koalition vieles begonnen, was fortgesetzt und ausgebaut werden muss. Daran konsequent zu arbeiten, auch unsere bezirklichen Möglichkeiten besser zu nutzen, sehe ich als große Herausforderung an. Und das werden wir auch in den Wahlprogrammen ausstreiten. Viel zu tun also für uns, auch für kommende Basisveranstaltungen!

**Gabi Hiller, MdA**

## Umweltgerechtigkeit und sozial-ökologischer Umbau in Berlin

Linke Umweltkonferenz diskutierte Aspekte einer sozial gerechten Klimaschutzpolitik

Unbestritten für DIE LINKE wie auch für die Mehrheit der Bevölkerung ist die Tatsache, dass so, wie bisher, nicht weiter gewirtschaftet, konsumiert und Politik gemacht werden kann. Stuttgart 21 und der Widerstand gegen den Bau der A100 in Berlin sind Beispiele dafür.

Wie aber kann eine andere, eine nachhaltige Politik, wie sie in Berlin in Regierungsverantwortung umgesetzt wird, qualitativ und quantitativ weiterentwickelt werden, wenn Klimaschutz, wie bei der Gebäudesanierung, Geld kostet und sozial Schwächere dadurch benachteiligt werden, dass sie die Klimasanierungen nicht bezahlen können.

Auf der Umweltkonferenz am 9. Oktober, zu der Abgeordnetenhausfraktion und Landespartei von DIE LINKE eingeladen hatten, diskutierten dazu ExpertInnen und PolitikerInnen. In zwei Podiumsdiskussionen u.a. mit Katrin Lompscher, Harald Wolf und Gesine Löttsch standen „umweltgerechtes und soziales Wohnen“ und „Berlin als soziale Metropole“ im Vordergrund. In mehreren Fachforen wurden Themen wie umweltgerechter Verkehr, nachhaltige Stadtentwicklung, ökologisches Wirtschaften und die lokale Agenda und Berliner Nachhaltigkeitspolitik diskutiert. Grundlage war ein Papier der LAG Umwelt und der Linksfraktion mit Thesen u.a. zu „Klimaschutz braucht Mieterschutz“, „Die Zu-

kunft der städtischen Mobilität ist elektrisch und umweltgerecht“ und „Umweltgerechte, nachhaltige Politik braucht lokale Verankerung und Bildung“.

Während in den Fachforen die Aktivitäten und Probleme auf Landes- und Bezirksebene beschrieben wurden, wurde auf den Podien teilweise sehr kontrovers diskutiert. Konsens bestand darin, dass der sozial-ökologische Umbau stattfinden muss. Dissens gab es darüber, ob der Klimaschutz im Vordergrund stehen oder – so sieht es DIE LINKE – mit sozialen Aspekten gleichrangig sein müsse. Wirkliche Unterschiede gab es aber in der Frage, ob der Grüne Kapitalismus der Schlüssel zu weiteren gesellschaftlichen Veränderungen sein oder ob eine nachhaltige Politik erst durch gesamtgesellschaftliche Veränderungen erreicht werden könne.

Die Debatten werden weiter gehen – wie auch die Realisierung sozialökologischer Vorhaben in Berlin. Aktuelle Beispiele dafür sind die beschlossene öffentliche Auftragsvergabe mit ökologischen Vorgaben und Mindestlohn und die Umsetzung des Energiekonzepts 2020 mit einem landeseigenen Energieversorger und eigener Produktion, durch die Energieeinsparungen und bezahlbare Preise möglich werden.

Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (Mda)

## • Infosplitter • Infosplitter • Infosplitter • Infosplitter • Infosplitter • Infosplitter •

### Integrationsprogramm

Marzahn-Hellersdorf hat als erster Bezirk in Berlin den Entwurf eines Integrationsprogramms vorgelegt. Ein Lenkungs-gremium von Bezirksamt und Migrantenbeirat hat darin Leitlinien und Handlungsfelder für eine Integration von Menschen mit Migrationshintergrund formuliert. Der Entwurf wird bis Ende des Jahres im Bezirksamt, in der BVV und mit weiteren Partnern besprochen, um die Diskussion anzustoßen und weitere Ideen einzubringen.

### Stolpersteine

Am 25. Oktober 2010 wurden im Hertwigswalder Steig 8 in Kaulsdorf drei weitere Stolpersteine verlegt. Mit ihnen wird an das Ehepaar Fischl und sein Kind erinnert, die gesamte Familie wurde 1943 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Anika Tasche hatte sich schon als Schülerin am ehemaligen Bernstein-Gymnasium mit diesem Thema beschäftigt und weiter geforscht und die Verlegung dieser Stolpersteine initiiert. Zur Finanzierung der Steine beigetragen haben auch die Spenden, die auf der Hauptversammlung der LINKEN Marzahn-Hellersdorf am



9.10.2010 gesammelt wurden, von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau, der Fraktion, von Bürgermeisterin Dagmar Pohle und den Bezirksamtsmitgliedern, Manuela Schmidt und Norbert Lütke.

### Neuer Kindergarten

Am 7. Oktober 2010 wurde der Kindergarten im Grabensprung 51 offiziell eröffnet. Bereits im August sind die ersten Kinder aufgenommen wor-

den und jetzt sind bereits alle Plätze vergeben.

### Jubiläum

Das Chorensemble „Marzahner Promenaden-Mischung“ feierte am 30. Oktober 2010 20-jähriges Bestehen. Herzlichen Glückwunsch!

## Kurz informiert:

### Dr. Heidi Knake-Werner zur neuen Vorsitzenden gewählt

Unmittelbar nach dem 65. Gründungstag der Volkssolidarität im Oktober dieses Jahres steckte die Landesdelegiertenkonferenz des Berliner Verbandes am 28.10.2010 ihre weiteren Ziele ab. Auf der Tagesordnung stand auch ein Führungswechsel im Vorstand. Nach 12jähriger Tätigkeit schied Dr. Christine Roßberg als Vorsitzende aus. Nahezu einstimmig wurde die Senatorin a. D. Dr. Heidi Knake-Werner zur neuen Vorsitzenden der Berliner Volkssolidarität gewählt. *Siehe Website:* <http://www.volkssolidaritaet-berlin.de>

### „Helle Info“ - Informeller Treffpunkt



Eine neue Litfaßsäule für nichtgewerbliche Informationen wurde am 26. Oktober auf dem Alice-Salomon-Platz feierlich eingeweiht. Der neue Kommunikations- und Informationsort soll den Austausch zwischen der Alice-Salomon-Hochschule und den Bewohner/innen von Marzahn-Hellersdorf fördern. Infos unter [helle-promenade.de](http://helle-promenade.de)

Text und Foto: Amina Runge

### Künstlerkalender

Mahlsdorf feiert 2011 sein 666-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass gibt der Heimatverein Marzahn-Hellersdorf einen Kalender heraus. Im repräsentativen A3-Format werden hier 14 Mahlsdorfer Persönlichkeiten des kulturell-künstlerischen Lebens in ausgewählten Werken sowie in kurzen biographischen Texten vorgestellt.

### Kleiner Park

Nach Abriss der Kita in der Sebnitzer Straße entsteht in zwei Bauabschnitten ein kleiner Park, in dem auch sportliche Bewegung möglich sein wird.

Im ersten Halbjahr 2010 wurden in diesem Bereich 20 neue Bäume gepflanzt, damit nach den vorgesehenen Fällungen schon ein Ersatz vorhanden ist. Insgesamt werden 36 Bäume gefällt, überwiegend Pappeln.

### Erster Spatenstich

Am 26. Oktober 2010 begann der Umbau in der Marzahner Promenade vor dem Freizeitforum Marzahn (FFM). Im ersten Bauabschnitt wird der Vorplatz vor dem FFM neugestaltet. Dafür müssen die Bäume auf der Seite der Schwimmhalle gefällt werden. Der Spielplatz an der Jugendfreizeitanrichtung wird verlagert, ebenso die drei Figuren, die bisher vor dem FFM standen.

Renate Schilling / Foto: Klaus Teßmann

# Grenzen des Neubeginns 1989 – soziologische Argumente für einen Perspektivenwechsel

Am 5. Oktober war der Soziologe Dr. Michael Thomas Gast im Marzahner Gesellschaftspolitischen Forum. Der Mitbegründer des Berliner Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS) begleitet seit den Wendejahren 1989/90 die politischen Veränderungen und Entwicklungen mit wissenschaftlichen Analysen. Soziologische Einblicke in die Transformationswerkstatt Ostdeutschland zu gewinnen und öffentlich zu vermitteln sind Herausforderungen mit hohem wissenschaftlichem und zugleich gesellschaftspolitischem Anspruch. Dr. Thomas hat sich dieser Aufgabe erfolgreich gestellt.

Was zunächst als trockenes Thema anmutete, entwickelte der Referent im Vortrag und in der anschließenden lebhaften Diskussion zu einem überaus anregenden Gedankenaustausch über Alternativen der Gesellschaftsentwicklung und die Rolle der Soziologie dabei. Den Ausgangspunkt bot ihm ein Zitat von 1990, das der Soziologie den Argwohn der Regierenden in der DDR vor 1989 und die Ignoranz der Regierenden in Deutschland nach 1989 bescheinigte: „Die Soziologen der DDR könnten mit der Tatsache konfrontiert sein, dass sie von den alten Machthabern gefördert wurden und Aufmerksamkeit erfuhren, weil man ihr Wissen fürchtete und weil man hoffte, sie auf diese Art wirksam kontrollieren und disziplinieren zu können, dass nun aber die neuen Regierenden von ihrer Wirksamkeit nichts wissen wollen und – soweit sie darauf gelenkt werden – es späteren Verhältnissen überlassen, für dieses Land perspektivische

Regelungen zu finden.“ (WZB 1990: 71) Für die Soziologen hieß das jedoch nicht Ende sondern Neubeginn. Es kam das auf die Agenda, was dann relativ neu und nachfolgend immer selbstverständlicher Transformationsforschung hieß. Implementiert und zeitweise institutionalisiert wurde ein einmaliges und beeindruckendes soziologisches Forschungsprogramm: Die soziologische Analyse der gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland, insbesondere in Ostdeutschland.

Nach 20 Jahren steht nun in der Bilanz: Der Angleichungsprozess von Ost an West ist längst gestoppt, abgesehen von einzelnen Schwankungen stagniert er seit mehr als zehn Jahren. „Viel wurde aufgeholt, der Abstand aber bleibt bei der 75%-Marke. Der bisherige Modus der wirtschaftlichen Integration konnte die Region ganz offensichtlich stabilisieren, nicht aber entwickeln. In einem hohen Maße handelt es sich eher um passive Sanierung, denn um zukunftsfähige Innovation.“ Um Angleichung geht es also schon lange nicht mehr, es geht um mehr: „Die Effizienzvorteile der im Osten absolut dominierenden Produktion von Vorleistungsgütern (mit ca. 80 % der Arbeitskräfte in Ostdeutschland), die sich zu mehr als drei Vierteln als Filialproduktion in westdeutscher/ ausländischer Hand befindet, verhindern jetzt einen weiteren Aufholprozess. Ostdeutschland ist zu einem Strategiewechsel gezwungen, der eigenständige (endogene) Potenziale und neue Marktfelder in den Blick nimmt. Genau die Ziele der Angleichung sind auf dem Pfad der

Angleichung nicht zu erreichen! Selbst erfolgreiche Angleichung bringt nicht den Erfolg der Angleichung; es geht also nicht um eine weitergehende strukturelle Angleichung, sondern um einen erforderlichen strukturellen Wandel.“ Der Nachbau des Westens im Osten ist an Grenzen gestoßen, der weder wirtschaftliche noch gesellschaftliche Innovation zulässt – es ist der Nachbau in ein sozial und ökologisch nicht mehr funktionierendes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Es ist kaum zu erwarten, dass die notwendigen Veränderungen von denjenigen ausgehen, die solche mit dem Motto „weiter so!“ bisher wirtschaftlich und politisch verkörpert haben – gefordert ist eine neue gesellschaftliche, politische Kultur.

Dabei hat die Zukunft schon begonnen! Was aus der Sicht von heute als Abweichung vom Normalen erscheint, kann aus der Zukunft betrachtet möglicherweise als erster Schritt auf dem Weg der Veränderung gesehen werden. Die Voraussetzungen für Zukunftspfade müssen geschaffen und gestärkt werden. An die Stelle des „weiter so!“ muss Demokratisierung und Teilhabe in einer neuen Zivilgesellschaft treten – Hand in Hand mit einer grundlegenden kulturellen Innovation, eines selbstbestärkenden Kulturprozesses: Freiheitsgewinn und Individualitätsentwicklung. So lautete das Credo des Referenten.

Dass die anschließende Diskussion spannend war, lässt sich vermuten. Sie hier widerzugeben sprengt den Rahmen dieses Berichts.

**Dr. Wolfgang Girus**

## Aus den Siedlungsgebieten:

### Für eine TVO auf Schiene und Straße zum BBI!

Entgegen mancher Argumentation von Vertreterinnen des VDGn oder Stimmen der bezirklichen CDU setzt sich DIE LINKE im Bezirksamt und in der Bezirksverordnetenversammlung für eine leistungsfähige Schienen- und Straßenanbindung von der Märkischen Allee über die Wuhlheide in Richtung Süden bis zum Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) ein. Dabei sind aus unserer Sicht die Belange der Großsiedlung Marzahn, Aspekte des Umweltschutzes und die Interessen der Bürgerinnen in den Siedlungsgebieten gleichermaßen einzubeziehen. Wir haben als DIE LINKE im Bezirk als erste in dieser Wahlperiode das Thema TVO als wichtige Nord-Süd-Verbindung auf Schiene und Straße aufgerufen und in vielfältiger Weise unterstützt. Die so genannte Tangentialverbindung Ost (TVO) bleibt für uns ein wichtiges Zukunftsprojekt. Allerdings reduzieren wir die TVO nicht auf die Probleme der Straßenanbindungen. Wir treten auch dafür ein, dass eine gute und schnelle Verbindung über die Schiene durch einen Regionalbahn- oder S-Bahnanschluss die Erreichbarkeit des Flughafens deutlich verbessert. Unser Bezirk hat sehr viel Potential und kann als Wohn- und Arbeits-

platzstandort für den BBI in Frage kommen. Dabei ist eine leistungsfähige und schnelle Verkehrsanbindung notwendig. Durch den zu planenden Straßenabschnitt kann darüber hinaus der gesamte südliche Teil erheblich von der überregionalen Verkehrsbelastung befreit werden. Die Bezirksverordneten Regina Kittler, Frank Beiersdorff und Eberhard Roloff haben in Bürgersprechstunden, in Arbeitsgruppen des VDGn, in den Fachausschüssen und im Plenum der BVV hierzu eigene Initiativen und Aktivitäten eingebracht. Im Streit zwischen den verschiedenen Vorschlägen von Ost- oder Westvarianten haben wir uns gemeinsam mit dem Bezirksstadtrat Norbert Lütke und unserer Bürgermeisterin Dagmar Pohle für eine gründliche Prüfung und ein transparentes Verfahren eingesetzt. Dazu gehört auch, die Probleme der Grundstücksbesitzer und Nutzer der Liegenschaften am geplanten Streckenverlauf ernst zu nehmen. Wir unterstützen deshalb die Initiative des Bezirksamtes, die sachliche Debatte zu befördern und dem Senat eine 3. Variante zur verbindlichen Prüfung vorzuschlagen.

**Klaus-Jürgen Dahler**  
Fraktionsvorsitzender der LINKEN

## Fragen ...

... , die in den Siedlungsgebieten (und nicht nur dort) bewegen:

### Handlungsfelder:

1. Sicherung der Modrowkäufe (Gründungsgrund VMEG)
2. Anschluss der Siedlungsgebiete an die zentrale Kanalisation
3. Straßenausbaubeitragsgesetz, Erfordernis BVV- Beschluss
4. Hattenporter Weg
5. Verkehrsberuhigung Mahlsdorf-Süd
6. Pumpanlage Habermannsee, Laufzeitverlängerung
7. Dränagen Oppermannstraße/Stangeweg und Berlin gesamt
8. Tangentialverbindung Ost (TVO), Landesparteitags- und BVV-Beschlüsse, Fachgruppe TVO im VDGn
9. Schornsteinfegerregelungen
10. Klimaschutzgesetz in Berlin
11. Ständige Bemühungen um eine bessere Zusammenarbeit mit Vereinen u. Verbänden.

*Zu all dem hat DIE LINKE einiges erreicht oder ist „am Ball“. Wer dazu etwas mitteilen möchte, tue das bitte an die Marzahn-Hellersdorf-links-Redaktion, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin bzw. per E-Mail: [bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de)*

**MaHeli**



## Für uns strahlt nur die Sonne

### Termin für Castor-Transport am 5. und 6. November

Am 5.11.2010 wird sich der Castor-Transport von Frankreich aus in Bewegung setzen, so berichtet die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Die Kundgebung in Dannenberg wird deshalb am Samstag, dem 6.11.2010, stattfinden.

Bis dahin ist nicht mehr all zu viel Zeit, um möglichst viele Menschen dazu zu bewegen, Anfang November ins Wendland zu kommen und sich an der Kundgebung und den sich anschließenden Aktionen des zivilen Ungehorsams zu beteiligen.

In diesem Jahr geht es nicht nur darum, gegen die Endlagerung in Gorleben zu protestieren, sondern der Bundesregierung und der Atomlobby zu zeigen, dass wir genug von der Atomkraft haben und nicht mehr bereit sind, unsere Sicherheit für die Gewinne der

Konzerne aufs Spiel zu setzen. Angesichts der gerade beschlossenen Laufzeitverlängerungen, der Uneinigkeit im bürgerlichen Lager und der breiten Anti-Atom-Mehrheit in der Bevölkerung ist gerade jetzt der richtige Moment, den politischen Preis für den Weiterbetrieb der Atomanlagen unbezahlbar zu machen.

Der unerwartete Erfolg der Anti-Atom-Demo in Berlin mit 100.000 Teilnehmer\_innen lässt erwarten, dass auch die Proteste in Gorleben dieses Jahr größer werden als zuvor.

Dieser Transport wird die erste große Kraftprobe zwischen der schwarz-gelben Atompolitik und dem erstarkenden Widerstand. Wir wollen dazu beitragen, sie für uns zu entscheiden!

Linksjugend [solid] Bundesverband



## Sparpaket stoppen - Bundestag belagern!

### Bundestagsbelagerung gegen das Sparpaket am 26. November

Am 26. November will die CDU-FDP-Regierung im Bundestag ihr so genanntes Sparpaket beschließen. Nachdem sie in den letzten Monaten Milliarden zur Rettung von Banken verschenkt hat, will sie das Geld nun vor allem bei denjenigen wieder reinholen, die eh schon am wenigsten haben.

Erwerbstätige und Erwerbslose waren bereits zuvor starken Angriffen ausgesetzt, wie der Einführung des Hartz-IV-Systems und der Rente ab 67 Jahren. Trotzdem sollen nun noch das Elterngeld und die Rentenbeiträge für Hartz-IV-Empfänger\_innen gestrichen werden. Außerdem wird das sogenannte ALG-I-Übergangsgeld und der Heizkostenzuschuss für alle Wohngeld-Bezieher\_innen gestrichen. Und das, obwohl die Energiekosten seit geraumer Zeit weiter ansteigen. Da passt nur allzu gut ins Bild, dass die Regierung die Milliarden-Profite für die Energie-

konzerne erst kürzlich weiter gesichert hat, indem die Laufzeiten der Atomkraftwerke im Schnitt um zwölf Jahre verlängert wurden.

Die Regierung macht ganz offen und unverhohlen Politik für die Banken, Konzerne und Vermögenden. Stoppen können wir das nur, wenn wir uns gemeinsam dagegen zur Wehr setzen! Deshalb ziehen wir und viele andere am 26.11.2010 vormittags vor den Bundestag, um unser unmissverständliches NEIN zu dieser gegen die Mehrheit der Bevölkerung gerichteten Politik zum Ausdruck zu bringen.

Dabei lassen wir uns auch nicht durch den Irrsinn abhalten, dass wir in dieser parlamentarischen Demokratie vor dem Parlament offiziell gar nicht demonstrieren dürfen!

Kommt zahlreich und bringt eure Freund\_innen, Verwandten und Nachbar\_innen mit!

Linksjugend [solid] Berlin



## Veranstaltungen

### Politische Bildung

» 9.11., 19 Uhr, KulturGut Marzahn, Alt Marzahn 23, 12685 Berlin, „Fragen an das MfS - Auskünfte über eine Behörde“, Referent: Dr. Reinhard Grimmer, Mitglied des Vorstandes der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e. V. (GRH), Moderation: Dr. Wolfgang Girnus, Eintritt 1,50 Euro

### Diskussionsabend

» 9.11., 19 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12; 12627 Berlin, Thema: „China“, China-Experte Wolfram Adolphi liest aus seinen Büchern; anschließend Diskussion

### Mitgliederversammlung IG BAU

» 20.11.2010, 11 Uhr, Gaststätte „Zur S-Bahn“ Kaulsdorf, Mitgliederversammlung des IG BAU-Ortsverbandes Marzahn-Hellersdorf

### Politischer Frühschoppen

» 21.11., 10.30 - 13 Uhr, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, mit Petra Pau (MdB), Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin, Regina Kittler, stv. Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der BVV

### Lesung

» 24.11., 15 Uhr, mit Gisela Steineckert unter dem Motto „Alles wird gut“, Gastgeberin: Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12; 12627 Berlin

### Landesparteitag der Berliner LINKEN

» 27./28.11., jeweils ab 10 Uhr, Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36, Ecke Schlichtallee, 10317 Berlin (Lichtenberg). Themen: DIE LINKE. Berlin im Wahljahr 2011 / Wahl des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission, der Landesfinanzrevisionskommission

### Konzert

» 27.11.2010, 20 Uhr, Umweltstation „ALPHA II“, Abenteuerspielplatz Marzahn-Nord, Schorfheidestraße 52, 12689 Berlin, Konzert mit Frank Viehweg, „AN ALLE. AN DICH - Liebeslieder nach 12“, Lagerfeuer solange das Holz reicht ..., Eintritt an der Abendkasse 10,- Euro, ermäßigt und im Vorverkauf 8,- Euro, Vorbestellung und Verkauf unter Tel. 030 9339275



## Bezirksvorstand

» 16.11., 7.12. jeweils 19.30 Uhr Beratung des Bezirksvorstandes, im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

## Basisgruppensprecher-Beratungen

- » 1.12., 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55
- » 1.12., 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64
- » 2.12., 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzstr. 24/26
- » 2.12., 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

## Freundeskreis / IG SeniorInnen

- » 16.11., 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, Freundeskreis Cuba
- » 25.11., 15 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, IG SeniorInnen

## BVV-Fraktion

» Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

## Sprechstunden

- » 9.11., 19 - 20 Uhr, Wolfgang Brauer (MdB), Petra Wermke (BVV-Vorsteherin); Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest, Wörlitzer Straße 3a, 12689 Berlin
- » 15.11., 17 - 18 Uhr, Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin für Soziales, und Regina Kittler, stv. Vorsitzende der Linksfraktion in der BVV und Vorsitzende des Ausschusses Siedlungsgebiete und Verkehr, Schloss Biesdorf, Turmzimmer, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin
- » 15.11., 18 Uhr, Dr. Gabriele Hiller (MdB), Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin
- » 18.11., 15 - 17 Uhr, Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdB), Grünes Haus Hellersdorf, Boizenburger Straße 52, 12619 Berlin
- » 29.11., 16 Uhr, Dr. Margrit Barth (MdB), Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin
- » 8.12., 16 - 18 Uhr, Petra Pau (MdB), Wahlkreisbüro, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 99289380
- » jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Klaus-Jürgen Dahler, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

## Hinten links

### Der Hostienschändungsprozess von 1510 ...

... erregte schon damals deutschlandweit Aufsehen. Er fand vor 500 Jahren unterhalb der Berliner St. Marienkirche statt.

Paul Fromm aus Bernau, ein Christ, hatte aus einer Dorfkirche eine Monstranz und eine Messingdose mit zwei Hostien (runde Scheiben ungesäuerten Abendmahlsbrotes) gestohlen. Er beschuldigte unter der Folter Brandenburger und Stendaler Juden, diese gegessen zu haben.

An die 100 Juden brachte man zum Verhör nach Berlin. Gefoltert, z. T. über ein halbes Jahr, ließen sich drei der Juden taufen, Ihnen blieb der Scheiterhaufen erspart, sie wurden geköpft. 38 weitere, davon sieben Berliner, verbrannte man gemeinsam bei lebendigem Leibe auf einem dreigeschossigen Scheiterhaufen; den christlichen Dieb selbst auch an einem extra Pfahl.

1509 noch hatte der Brandenburger Kurfürst Joachim I. die Juden mit Privilegien ausgestattet - nach der Verbrennung der 38 Märtyrer ließ er alle Juden aus Berlin und der Mark Brandenburg wieder vertreiben.

### Frage:

Wie viel von ihren in die Mark mitgebrachten Vermögen beließ man wohl den Juden damals? **R. Rüdiger**

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12 (fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

**Offen:**

Montag	13 - 17 Uhr
Dienstag	9 - 17 Uhr
Donnerstag	9 - 19 Uhr
Freitag	9 - 15 Uhr

### Bitte beachten:

Jeden Mittwoch und am 26.11. ist der Linke Treff geschlossen

### Impressum Marzahn-Hellersdorf links

**Herausgeber:** DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

**Layout:** Yvette Rami

**Anschrift der Redaktion:** Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

**Internet:** www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

**E-Mail:** bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

**Redaktionsschluss:** 4.10.2010. Auslieferung ab: 6.10.2010. **Druck:** Eigendruck. „Marzahn-Hellersdorf links“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 4.11. und 2.12.2010.